



Positionen in der Debatte um Plan- oder Marktwirtschaft

## Mit dem Markt gegen die Bürokratie?

Mit dem Zusammenbruch des Stalinismus in Osteuropa ist auch die Debatte um das Debakel der geplanten Wirtschaftsführung neu ausgebrochen. Das Bürgertum jubelt: Die freie Marktwirtschaft hat bewiesen, dass sie das Ende aller Weisheit ist. Eine Niederlage für den Sozialismus?

Roland Brunner

In der aktuellen Diskussion wird meist der Markt identifiziert mit der besten Strategie gegen den Bürokratismus: Konkurrenz und Markt werden das Ende der Bürokratie schon besiegeln. Verbunden mit dem Begriff Markt wird dabei meist der Begriff der Freiheit, ohne dass hinterfragt würde, Freiheit wovon und Freiheit wozu gemeint ist: «Die negative Freiheit ist die Abwesenheit von äusserem Zwang, der autonomes, spontanes Handeln des Individuums verhindert. Positive Freiheit ist das Vorhandensein solcher Bedingungen, die das spontane Handeln des Individuums ermöglichen.

Die dialektische Einheit dieser negativen und positiven Bedingung der Freiheit kann durch die einfache Formel gegeben werden: Freiheit ist die Möglichkeit der Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung.» (Mandel) Welches Wirtschaftssystem, welche Marktmechanismen, welche Planung, welche bewusste Kombination und Verteilung von Wirtschaftsgütern dazu die besten Rahmenbedingungen liefert, ob eine Planung möglich ist, die den Freiraum vergrössert, statt ihn mit neuen Entfremdungen zu verbauen, ist heute eine offene Frage.

Marx formuliert es so: «In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendi-



ge, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewusstseinsformen entsprechen. (...) Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Gesellschaft schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolutionen ein.» (Marx, MEW 23, S.8f) Die Umbrüche Osteuropas als Revolution gegen Jahrzehnte entwürdigender Produktionsverhältnisse?

### Die Debatte der 20er Jahre

In der Sowjetunion der 20er Jahre fand um die Einführung der Neuen ökonomischen Politik (NEP) eine theoretisch hochstehende Debatte statt. Die Fragestellung lautete: Wie weit ist mit der Anwendung von Marktmechanismen auch ein Prozess der sozialen Differenzierung verbunden?

Als Hauptkontrahenten standen sich in dieser Diskussion Preobraschenski und Bucharin gegenüber, deren Positionen hier kurz dargestellt werden sollen:

Bucharin war der Ansicht, die politische Macht, d.h. der Arbeiterstaat, könne die Entfaltung und somit die Konsequenzen des Marktes steuern. Die Parole des «Be-

reichert euch!» musste somit seiner Einschätzung nach nicht zu einer sozialen Differenzierung führen. Das Wertgesetz erklärte Bucharin zum universalen Gesetz, das überall herrscht, dessen Rahmenbedingungen aber politisch beeinflusst werden könnten. Seine Perspektive war somit: Der Sozialismus wendet das Wertgesetz bewusst an, führt also bewusst aus, was der Markt spontan macht – aber eben ohne die anarchischen Prozesse der Entscheidungsfindung und somit ohne dessen Krisen.

Preobraschenski betonte jedoch demgegenüber, Markt und Privateigentum führten zu sozialen Differenzierungen und somit zur Klassendifferenzierung und den damit verbundenen sozialen Konflikten. Die politische Macht genügt somit nicht zur Kontrolle der Volkswirtschaft. Eine Entwicklung der Industrie durch den Staat ist daher notwendig im Austausch gegen agrarische Produkte. Das Wertgesetz ist für Preobraschenski eine historische Kategorie, nicht ein universelles Gesetz. Es ist das Resultat der sozialen Verhältnisse, d.h. der generalisierten Märkte im Kapitalismus. Das weltweite Vorherrschen des Wertgesetzes, also des Kapitalismus, erforderte deshalb nach Preobraschenski den Bruch zur Entwicklung der abhängigen Länder. Er definierte ein zweites Gesetz, in Konflikt mit dem Wertgesetz: Das Gesetz der primitiven sozialistischen Akkumulation. Dabei ging er immer davon aus, dass die (kapitalistischen) Marktgesetze weltweit dominieren und in der Übergangsgesellschaft auch Marktbeziehungen vorhanden sind. Er leugnete also die Existenz des Marktgesetzes keineswegs und rief auch nicht zu dessen Unterdrückung auf. Er war sich wohl bewusst, dass die Unterdrückung des Wertgesetzes aus politischen, revolutionären, egalitären Gründen schwere Nachteile auf internationaler Ebene im Konflikt mit dem Ka-

pitalismus mit sich brächten. Das Gesetz der primitiven sozialistischen Akkumulation auf der Grundlage des landwirtschaftlichen Mehrwerts bedeutete daher keineswegs ein Autarkie-Konzept, sondern vielmehr eine Maximierung und Optimierung der internationalen Beziehungen.

Preobraschenski hatte jedoch kein Verständnis für den Charakter der Bürokratie. Indem er vom Staat eine forcierte Industrialisierung forderte, identifizierte er Staat und Gesellschaft und liess Tür und Tor offen für verstärkte Zentralisierung der Staatsgewalt. Theoretisch ist das Aufstellen eines Gesetzes der primitiven sozialistischen Akkumulation insofern falsch, als sich der Sozialismus die Perspektive der Aufhebung der Gesetze gab, die hinter dem Rücken der Menschen funktionieren, um sie zu ersetzen durch bewusste gesellschaftliche Entscheidungsfindungen. Soziale Kontrolle sollte also an die Stelle eines überhistorischen Objektivismus treten.

### Markt gegen Demokratie

So falsch die Konstruktion der zwei Gesetze im Konflikt ist, so sehr sehen wir doch zwei Logiken, die sich gegenüberstehen. Die Frage in den nachrevolutionären Gesellschaften lautete: Wie können die Marktbeziehungen ersetzt werden durch soziale Beziehungen, die gesellschaftliche Bedürfnisse besser befriedigen? So dass nicht mehr allein Kaufkraft der Menschen zählt sondern ihre Bedürfnisse an die erste Stelle treten. Der Markt kann hierbei wichtige Regelfunktionen einnehmen. Als zentraler Punkt erscheint jedoch die Demokratie als neue Art der gesellschaftlichen Entscheidungsfindung zur Bestimmung der gesellschaftlich sinnvollen Investitionen

## Ota Sik

Geboren 1919 in Pilsen. 1940–1945 im Konzentrationslager Mauthausen. Nach dem Krieg Studium an der Hochschule für politische und soziale Wissenschaften in Prag. Im Jahre 1952 Beginn der wissenschaftlichen Laufbahn als Lehrstuhlleiter an der Politischen Hochschule in Prag, dann am Institut für Gesellschaftswissenschaften. 1961 Direktor des Ökonomischen Instituts und Leiter der Regierungskommission für die Ökonomische Reform im «Prager Frühling». April bis August 1968 Vize-Ministerpräsident der Regierung Dubcek. Nach der Niederschlagung tätig am Wirtschaftsinstitut der Universität Basel, nach 1970 a.o. Professor an der Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, ab 1974 ordentlicher Professor für Systemvergleiche. Heute eremitiert und als Wirtschaftsberater der Regierung Havel tätig.

und der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit.

In diesem Prozess melden sich verschiedene zum Teil widersprüchliche Interessen zu Wort: Inwieweit widersprechen sich das direkte Interesse der Lohnabhängigen und eine organisatorische Zweckmässigkeit? Ist eine rationale Arbeitsteilung einzig ein Kompetenz- oder Expertenproblem? Widersprechen sich die Identifikation mit Betriebszielen, die Herausbildung eines Mitverfügungsrechtes und das Denken eines Kollektivs im weiteren Zeithorizont? Steht die Kompetenz eines Kollektivs bei der Festlegung des Lohnes nicht im Widerspruch zu den Erfordernissen der gesamtgesellschaftlichen Reproduktion? Um diese Fragen entwickelte sich in den letzten Jahrzehnten eine lebhaftige Debatte. Einige der darin eingenommenen Positionen wollen wir hier kurz darstellen.

### Die «gemischte Wirtschaft»

Von vielen TheoretikerInnen wird in dieser Plan-Markt-Debatte der Begriff der «gemischten Wirtschaft» verwendet. Dieser Ausdruck scheint mir relativ unbrauchbar, lassen sich mit ihm doch äusserst verschiedene Phänomene bezeichnen. Er kann verschiedenste Besitzverhältnisse, verschiedenste Relationen von Planung und Marktmechanismen, von Entscheidungsbefugnissen und von Dynamiken der gesellschaftlichen Kräfte beinhalten.

Zwei Theoretiker seien hier ausführlicher erwähnt: Ota Sik und Wlodzimierz Brus.

Ota Sik unterscheidet im Werdegang der nachkapitalistischen Gesellschaften eine Phase der extensiven und eine Phase der intensiven Entwicklung. Erstere definiert sich über ein Wachstum der Indu-

strieproduktion vorwiegend mit Hilfe einer schnellen Erweiterung der Produktionsfaktoren, das nur solange anhalten kann als die Arbeitskräfte und Investitionsmittel in der Industrie schnell erweitert werden können. Die intensive Phase zeichnet sich demgegenüber durch technischen Fortschritt mittels effektiverer Ausnutzung aller bestehenden Produktionsfaktoren und einer Senkung unnötiger Wirtschaftsverluste aus. Sik behauptet dann: «Es zeigte sich, dass der Staat mit Hilfe dieses Planungssystems nicht imstande ist, ein intensiveres Wachstum abzusichern und dass der technische Fortschritt und die Wirtschaftseffektivität weit hinter der Entwicklung in marktwirtschaftlichen Industriestaaten zurückbleibt.» (Sik 1987/78)

### Nur Rahmenplanung

Als Antwort auf diese Reproduktionskrise der nachkapitalistischen Gesellschaft betont Sik die Notwendigkeit des Marktes: «Nur ein möglichst vollkommener Marktmechanismus kann zu einer Effektivitätssteigerung und Bedarfsausrichtung der sozialistischen Produktion führen. Gleichzeitig müsste jedoch eine makroökonomische Rahmen- bzw. Verteilungsplanung mit der dazugehörigen Wirtschaftspolitik dazu beitragen, die zyklischen Krisenstörungen, Massenarbeitslosigkeit und inflationäre Entwicklungen, die die kapitalistische Marktwirtschaft plagen, vermeiden zu helfen. Nur auf diese Weise könnte auch eine sozialistische Planung eine ökonomische und soziale Berechtigung erlangen.» (ebenda/85) Sik betont die Notwendigkeit der Konkurrenz, um Entscheidungen zu optimieren und setzt Bedingungen: «Soll sich etwas ändern, müssten die Produzenten von Konsumgütern:

1. über direkte Preisbestimmungsmöglichkeiten und Gewinnbeteiligungen an einer optimalen Versorgung der Konsumenten interessiert sein;
2. unter einem Wettbewerbsdruck stehen und nicht monopolistische Anbieter sein, so dass die Konsumenten eine Auswahlmöglichkeit haben;
3. die Möglichkeit haben, sich aufgrund direkter Einflussnahme auf die Lieferanten der von ihnen benötigten Produktionsgüter und Investitionen (auch wieder über direkte Preisabmachungen) jene Produktionsgüter zu verschaffen, die sie selbst für ihre flexible Produktion benötigen.» (ebenda/88)

### Schneller Konsum oder soziale Sicherheit

Als Problem für die Staaten Osteuropas warnt Sik davor, als einziges Hindernis der sozialistischen Reformen die konservativen Machtinteressen der etablierten bürokratischen Apparate zu sehen: «Daneben gibt es auch innerhalb jedes Volkes einen objektiven Interessenwiderspruch, welcher in einem bestimmten Zeitpunkt die Weiterentwicklung der Reform stark abbremst. Es geht um den Konflikt zwischen dem Interesse an einer möglichst schnellen und andauernden Steigerung der Konsumtion (sowohl quantitativer als auch qualitativer Art) und dem Interesse an der Erhaltung der langfristigen sozialen Sicherheiten, vor allem der sicheren Arbeits- bzw. Arbeitsplatzhaltung.» (ebenda/203) Sik sieht hier einen realen Zielkonflikt, «denn eine fühlbare Anhebung der Konsumtion breiter Volksschichten ist nicht denkbar ohne Steigerung der Wirtschaftseffektivität und diese wiederum nicht ohne konsequente Durchsetzung des Marktmechanismus» (ebenda/204). Sik ist sich be-

## Wlodzimierz Brus

Geboren 1921 in Plock, Studium in Warschau, Saratow und Leningrad. Ab 1952 war er Professor der Wirtschaftswissenschaften an der Hochschule für Planung und Statistik in Warschau, ab 1954 Ordinarius an der Universität Warschau. Im Zusammenhang mit der polnischen StudentInnenbewegung verlor er Lehrstuhl und Funktionen. Gegenwärtig lehrt er am St. Antonys College als Professor für sozialistische Ökonomie an der Universität Oxford.

wusst, dass die Durchsetzung eines verstärkten Marktdrucks auch zu Arbeitslosigkeit führt, wobei er aber hofft, mittels eines Makroverteilungsplanes das Entstehen periodischer Massenarbeitslosigkeit verhindern zu können. Er wehrt sich aber gegen den Vorwurf der Ausverkaufspolitik: «Das Argument sollte nicht akzeptiert werden, dass die konsequente Wiedereinführung des Marktmechanismus im Sozialismus der "sozialistischen Ethik" widerspreche und "zum Kapitalismus zurückführe". Vielmehr geht es um die Schaffung von Bedingungen, in welchen die arbeitenden Menschen, zum Unterschied von den beiden heute existierenden Systemen, institutionell abgesichert, darüber mitentscheiden können, auf welche Weise entstehende Konflikte zwischen langfristigen konsumtiven Interessen human gelöst werden können.» (ebenda/207) Solange aber ein Widerspruch bestehe zwischen den Interessen der Menschen an einer maximalen Befriedigung ihrer Bedürfnisse und ihrem Interesse an einer Minimierung der meist noch unangenehmen Arbeit, solange seien Marktmechanismen erforderlich.

### Eigentum aus Macht

Wlodzimierz Brus geht davon aus, dass der staatliche Interventionismus eine Quelle der Politisierung der Wirtschaft ist, indem er die Relationen zwischen der ökonomischen Basis und dem politischen Überbau modifiziert. Die Macht folge nicht mehr aus dem Eigentum, sondern das Eigentum aus der Macht. Deshalb könne der sozialökonomische Charakter des öffentlichen Eigentums an den Produktionsmitteln nur bestimmt werden im Zusammenhang mit der Bestimmung des Klassencharakters des Staates: «Jede Form des Eigentums, also auch das

öffentliche Eigentum, kann in diesem grundlegenden Sinn Privateigentum sein, wenn es die Konzentration der faktischen Kontrolle der Produktionsmittel in den Händen einer Gesellschaftsgruppe bedeutet, die, abgesondert von den anderen und die Absonderung verfestigend, die Staatsmacht ausübt; die Kehrseite dieser Entwicklung ist, dass die Majorität der Gesellschaft dieser Kontrolle beraubt ist.» (Brus 1975/26) Brus unterscheidet demnach zwischen öffentlichem Eigentum und Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die er als Prozess und nicht als einmaligen Akt sieht.

### Keine erfolgreiche Reform ohne Demokratie

Die Demokratisierung der Gesellschaft erscheint somit als zentraler Punkt, damit die Gesellschaft die Rolle der Interessensfindung im Prozess der ökonomischen Entscheidung spielen kann: «Es ist also streng zu unterscheiden zwischen Umfang und Qualität staatlicher Macht – Marktelemente können auch in einem System terroristischer Unterdrückung existieren. Marktelemente beeinflussen in mancher Hinsicht deren Umfang, ändern aber nicht notwendigerweise etwas am Charakter staatlicher Machtausübung. Grundsätzlich gehe ich davon aus, dass politische Veränderungen Ergebnis eines politischen Kampfes sind und nicht ein Nebenprodukt ökonomischer Reformen. Der zweite Fragekomplex bezieht sich auf die Herstellung eines pluralistischen und demokratischen politischen Systems. Diese ist für gewöhnlich keine notwendige Komponente einer ökonomischen Reform. Sie ist letztendlich eine Bedingung für einen erfolgreichen Wandel der ökonomischen

Verhältnisse auf lange Sicht, aber das ist eine andere Sache.» (Brus 1985/86)

### Grenzen von Plan und Markt

Auch Brus spricht aber der Demokratie die Unfehlbarkeit ab: «Die Meinungen, die von der Bevölkerungsmehrheit geteilt werden, können in die richtige Richtung weisen, aber ebensogut auch falsch sein. Es ist ein Mythos zu glauben, das Volk würde sich immer richtig entscheiden. Dies betrifft vor allem Themen, bei denen langfristige Zukunftsinteressen gegen kurzfristige Gewinne stehen. (...) Meiner Meinung nach werden aber diese negativen Effekte durch die Vorteile eines pluralistischen Systems weit übertroffen. Wird dagegen ein an sich vernünftiges System der Wirtschaftsplanung auf die Basis der Monarchie, gelinde ausgedrückt: eines diktatorischen Unterdrückungsapparates gegründet, dann kann die Idee des Sozialismus selbst ausgelöscht werden.» (ebenda, S. 88) Ausgehend davon betont Brus einerseits die Beschränkungen der marktwirtschaftlichen Lösung (sie fördert die soziale Differenzierung, bestimmte Bereiche dürfen nicht mit kaufkräftiger Nachfrage reguliert werden) als auch die Beschränkungen der Planwirtschaft: «Auch eine nicht imperative und nicht ins Detail gehende Planung wird unter den Bedingungen des rapiden Strukturwandels nur über eine begrenzte Informationskapazität verfügen.» (ebenda, S. 91). Er geht davon aus, dass sich mit zunehmender gesellschaftlicher Komplexität und Dynamik die Möglichkeit der Planung verringert. Die Stärke der Planung liegt dabei laut Brus auf der makroökonomischen Ebene der grossen Investitionsvorhaben, während die Pluspunkte der marktwirtschaftlichen Lenkung auf der

## Ernest Mandel

Geboren 1923 in Frankfurt am Main. Dozent an der Freien Universität in Brüssel und führendes Mitglied der Vierten Internationale. Autor zahlreicher Veröffentlichungen (s. Literaturhinweise).

## Alec Nove

Sohn eines nach der Revolution von der bolschewistischen Regierung inhaftierten Menschewiken; in der Emigration aufgewachsen. Heute ist er Professor an der Universität Glasgow.

Ebene der mikroökonomischen Feinststeuerung liegen: «Während in den konsumnahen Bereichen Marktmechanismen intensiver eingesetzt werden sollten, ist bei langfristigen und aufwendigen Produktionsvorhaben und Investitionsprojekten der Nutzung marktwirtschaftlicher Lenkungsformen ein kleinerer Spielraum einzuräumen. Noch geringer müsste das Gewicht des Marktes auf dem Gebiet der öffentlichen Kollektivgüter sein wie den Leistungen des Bildungs- und Gesundheitswesens, des Verkehrs und der Nachrichtenübermittlung und nicht zuletzt der Umweltgestaltung.» (ebenda, S. 93) Als letztes Kriterium des Einsatzes von Markt und Plan gelten bei Brus «die emanzipatorischen Grundwerte des demokratischen Sozialismus» (S. 100).

### Arbeiterdemokratie plus Planung

Demgegenüber nimmt Ernest Mandel eine sehr orthodoxe Position in der Verteidigung der Planwirtschaft ein. Die nachrevolutionären Gesellschaften werden als Übergangsgesellschaften bezeichnet, für die «der Widerspruch zwischen einer vergesellschafteten und geplanten Produktionsweise und dem Fortbestehen bürgerlicher Distributionsnormen den Hauptwiderspruch» darstellt. Mandel leugnet nicht die Gefahr der Bürokratie, wenn die Investitionsmittel auf Staatsebene vollständig zentralisiert werden. «Aber dann liegt die Ursache nicht in der Zentralisierung selbst, sondern im Fehlen einer Arbeiterdemokratie auf der nationalen politischen Ebene. Dies bedeutet, dass ein wirksamer Schutz gegen Bürokratisierung von der Arbeiterselbstverwaltung in den Betrieben und der Arbeiterdemokratie im Staat abhängt.» Grundlage der ge-

planten Misswirtschaft ist also nicht die Planung, sondern die spezifisch bürokratische Grundlage der Planung: «Dieses Stalin'sche Modell war nicht einfach das Ergebnis mangelnder Erfahrung, von Fehleinschätzungen in Theorie und Praxis oder einer unzulänglichen Gesamtkonzeption. Es war auch nicht der automatische und unvermeidliche Reflex auf die Armut des Landes oder die unzureichende Entwicklung der Produktivkräfte. Es spiegelte vielmehr eine gewisse soziale Struktur der Staatsmacht in der Sowjetunion wider. Letztlich wurde das stalinistische Planungsmodell weder den Notwendigkeiten der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation noch den politischen Interessen der Sowjetunion gerecht. Es entsprach den Bedürfnissen einer privilegierten bürokratischen Kaste, und einem "Modell" von politischer Führung, das jede Kritik, Initiative oder demokratische Diskussion fürchtete und systematisch entmutigte. Diese Kaste stützte sich auf die "Tugenden" des bewussten Gehorsams, der Unterwürfigkeit und der arroganten Willkür auf allen Stufen der bürokratischen Hierarchie.»

### Produktionsplanung im Widerspruch zu moderner Gesellschaft

In einer Debatte mit Mandel stellt jedoch Alec Nove die Möglichkeit einer demokratischen zentralisierten Planung als solcher in Frage: «Sobald die Wirtschaft über die Ebene der Subsistenz hinausgeht, wünschen die Leute eine vielfältigere Ernährung (um einen Gedanken von Mandel selbst aufzugreifen), und gleiches gilt hinsichtlich der Schuhe und des Urlaubs usw. Je grösser die Vielfalt der *Outputs* (Produkte) ist, um so grösser ist die Vielfalt der *Inputs* (der Produktions-

mittel) und um so schwieriger sind die Aufgaben der zentralen Planer. (...) Um so mehr der Plan vorgibt, alles zu umfassen, um so weniger ist es möglich, hinsichtlich der Inputs, der Outputs und der Partner auf der Ebene des Produktionsbetriebes zu wählen, und dies gilt unabhängig vom Grad der Demokratie bei der Wahl der Versammlung, die über den Plan entscheidet. (...) Es ist völlig phantastisch zu glauben, wie es Mandel tut, dass eine reale Demokratie garantiert, dass die Mehrheit sich für notwendige Korrekturen ausspricht» (Nove, 1988) Er unterstellt Mandel die naive Illusion Bucharins, nach der die «assoziierten Produzenten» klar verstehen würden, was auf der Basis der von den «nüchternen Daten der Statistik» gelieferten Indikatoren getan werden müsse. Nove betont demgegenüber, dass Konkurrenz und Markt eine unvermeidliche Folge der Wahlmöglichkeiten für die Verbraucher sei: «Die Verfügbarkeit über die Kaufkraft ist und bleibt wahrscheinlich einer der wichtigsten Anreize, wenn nicht gar der einzige. Das Geld liefert auch eine unersetzliche Masseinheit, um das Verhältnis zwischen den Kosten und dem Resultat sowie die Intensität der Bedürfnisse zu messen.» (ebenda)

### Markt gegen Sozialismus

In seiner Antwort betont Mandel die Unvereinbarkeit von Marktwirtschaft und Sozialismus: «Eine Marktwirtschaft auf einem bedeutenden Niveau halten und zugleich massive Erwerbslosigkeit und zahlreiche Zusammenbrüche verhindern wollen, ist miteinander unvereinbar. Man kann keine Marktwirtschaft haben, ohne dass sich die Logik des Marktes durchsetzt. Und diese Logik schliesst unvermeidlich wirtschaftliche Schwankungen ein. (...) In dem Masse, wie der Markt

## Diane Elson

Ist Ökonomin und arbeitet an der Universität Manchester.

noch ein bedeutendes Gewicht hat, gibt es noch keinen Sozialismus. Und in dem Masse, wie es Sozialismus gibt, sterben die Warenverhältnisse ab.» (Mandel, 1988)

### Markt-Sozialismus oder Sozialisierung des Marktes?

In diese Debatte zwischen Alec Nove und Ernest Mandel greift Diane Elson ein (Elson, 1990). In einer Kritik an beiden Positionen verteidigt sie Mandels Ansicht, dass es eine Alternative zwischen Markt und bürokratischer Planung gibt, stimmt aber mit Nove darin überein, «dass der Preismechanismus für eine sozialistische Ökonomie ein unverzichtbares Instrument der Koordination darstellt». In einem Entwurf für eine «feministische, marktorientierte und dezentrale sozialistische Ökonomie» geht sie davon aus, dass der Preismechanismus sozialisiert werden muss, wenn er für statt gegen den Sozialismus arbeiten soll.

Sowohl Mandel als auch Nove wirft sie vor, Konzepte einer dualen Ökonomie zu vertreten: Während Mandel nur von der Produktionsseite her argumentiere, überlege Nove nur von der Seite der Konsumation her. «Wir müssen uns jedoch mit der schwierigen Tatsache vertraut machen, dass es – selbst ohne Privatunternehmen – eine gewisse Spannung gibt zwischen den Produzenten und den Benutzern eines Guts, Flexibilität, Effizienz und Wahlmöglichkeit für den Nutzer können Brüche, Stress und Unsicherheit für den Produzenten bedeuten.» (1990/63) Als Vermittlungsinstanz dieser Interessen sieht Diane Elson den Markt als Geldverbindung zwischen Käufern und Verkäufern. Aber: «Während ich mit Mandel darin übereinstimme, dass eine sozialistische Ökonomie

darauf abzielen sollte, über die Marktordination hinauszugehen, und dass es dezentralisierte Möglichkeiten dazu gibt, ist seine Lösung zutiefst unbefriedigend. Die zentrale Schwäche von Mandels Ansatz liegt darin, dass er nicht nur die Märkte ablehnt, sondern auch die Preise. Ich werde argumentieren, dass eine dezentralisierte sozialistische Ökonomie einen dezentralisierten Preismechanismus braucht, aber dass dies nicht die Preisbildung durch private Märkte impliziert.» (68)

### Wie Risiken verkleinern?

Das Hauptproblem der Marktbeziehungen sieht Elson in der Atomisierung der Entscheidungsprozesse, da der Markt keine direkten Informationen über die Absichten, Wünsche und Werte liefert. Der Markt produziert Ungleichgewichte dadurch, dass die Individuen isoliert entscheiden müssen ohne die Kenntnis der Folgen ihrer Entscheidung. Der Markt verhindere somit eine öffentliche Entscheidungsfindung. Zudem werden Märkte von einem ganzen Netz von dem Markt nicht unmittelbar zugehörigen Kontakten umgeben, die nicht durch Geld vermittelt werden (Verbände, Lobbies usw.). Aus dieser atomisierten Entscheidungsfindung ergibt sich somit eine Lücke zwischen (individueller) Mikro-Rationalität und (gesamtgemeinschaftlicher) Makro-Rationalität: «Das Problem liegt darin, dass die Schritte, die ein isolierter Entscheidungsträger in einem Reihenprozess zur Risiko-Minimierung unternimmt, das Risiko des Gesamt-Systems erhöhen können.» (76)

Die Antwort von Keynes auf dieses Problem war der Staat, der diese Ungleichgewichte ausgleichen sollte. Der Staat verändert aber nicht die Logik der isolierten Entscheidungsfindung und schafft keine

Institutionen, «um die kollektive Reflexion vor der Entscheidung der einzelnen zu erleichtern» (78) «Dieses Ungleichgewicht wäre nur zu beseitigen, indem der Preisbildungsprozess sozialisiert wird, indem er für Haushalte durch die Veröffentlichung der Informationen über Stückkosten und Profitspannen transparent wird. Kapitalistische Unternehmen werden sich dem immer widersetzen, weil ihnen die Geheimhaltung einen Wettbewerbsvorteil verschafft und das Privateigentum auch das Recht impliziert, Informationen zurückzuhalten. Auch Unternehmen in Staatseigentum werden sich einer solchen Veröffentlichungspolitik widersetzen, solange sie verpflichtet sind, die Maximierung ihres Gewinns anzustreben, und wenn sie mit anderen Unternehmen und Haushalten in erster Linie über den Markt in Verbindung stehen.» (79)

### Kein Platz für Überraschungen

Mandel versucht nur, die Ungleichgewichte zwischen Verbraucherpräferenzen und Ressourcenzuweisung «ex ante», vor dem Beginn der Produktion auszugleichen. Als Mittel dazu dient ihm die «objektiv informelle Kooperation», die den Markt und die Preise überflüssig mache. Mittels eines Systems von Arbeiterräten und Verbraucherkonferenzen sieht Mandel eine Möglichkeit, den Markt auszuschalten und zur direkten kostenlosen Verteilung der Waren überzugehen. Durch die Dezentralisierung der Ressourcenzuteilung und die radikale Demokratisierung der Entscheidungsfindung soll dabei die Gefahr der Bürokratie gebannt werden. Elson wirft Mandel vor, die Aufgaben einer «artikulierten Selbstverwaltung» übermäßig zu vereinfachen, «weil in Mandels Ökono-



mie dem Unerwarteten nicht viel Platz gelassen wird». (83) Mandel geht von einer Produktion der routinierten, fast automatischen Prozesse aus. «Diese Annahme einer Ökonomie der Wiederholung lässt das Koordinationsproblem fast verschwinden.» Zudem vereinfacht Mandel die Vielfalt der Bedürfnisse und ihre Planung unzulässig. Elson betont: «Es gibt ein Argument für die kostenlose Verteilung bestimmter Güter – zum Beispiel für Gesundheit und Erziehung – aber dies ergibt sich aus bestimmten Kennzeichen dieser ganz besonderen Güter. Entscheidend ist nicht die Tatsache, dass sie Grundbedürfnisse befriedigen, sondern die Tatsache bestimmter Formen der Interdependenz in ihrer Produktion und Benutzung.» (85)

### Preise sind unverzichtbar

Elson verteidigt den Preismechanismus und die Geldzirkulation als Mittel, Alternativen ins Auge zu fassen. Preise bezeichnet sie dabei nicht als die einzige erforderliche Information, aber als eine unverzichtbare: «Die Schlussfolgerung, die ich ziehe, lautet nicht, dass Preise und Sozialismus inkompatibel sind, sondern dass die sozialen Beziehungen zwischen Käufern und Verkäufern so verändert werden müssen, dass sie nicht antagonistisch sind; der Preisbildungsprozess muss öffentlich sein, nicht von Unternehmen kontrolliert; und die Information muss geteilt werden, wobei der Nexus (Zusammenhang) des Vertrauens, der Gegenseitigkeit und des goodwill die Grenzen setzt, innerhalb deren der Markt operiert, und nicht dem Markt untergeordnet wird.» (85/86)

So treffend aber die Kritik und so folgerichtig die Überlegungen auch sind, so administrativ bleibt Elsons eigene Perspektive. Sie ist eine Neuauflage des Re-

zepts, die Bürokratie mit Bürokratie zu bekämpfen. Die Eigentumsfrage ist ihrer Meinung nach nur insofern von Bedeutung, als sie Implikationen für die Bedingungen der Produktion und der Reproduktion der Arbeitskraft hat.

### Umfassende Massnahmen

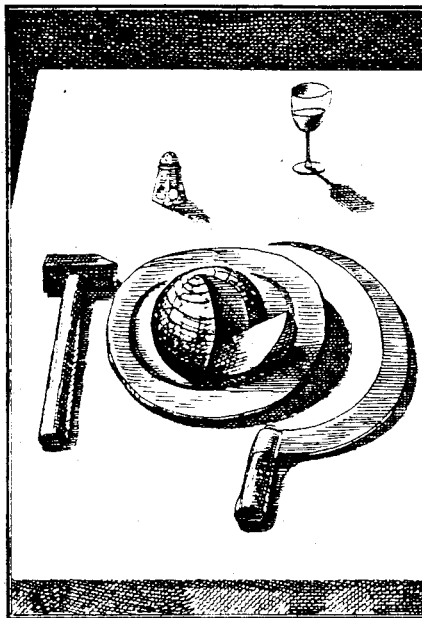
Ihre Vorschläge sind:

- Alle Haushalte müssen über ein Basis Einkommen verfügen, ohne Arbeitskraft an Unternehmen ausserhalb verkaufen zu müssen;
- Gesundheitsdienste, Ausbildung, Wasser und Hygiene als öffentliche Dienste stehen kostenlos zur Verfügung;
- Benutzerorganisationen werden als Formen der Verantwortlichkeit gegenüber Haushalten entwickelt;
- Für jeden gesunden Erwachsenen besteht die Pflicht, unbezahlte Haus- und Gemeinschaftsarbeit zu leisten;
- das Management wird durch die Belegschaft ausgeübt. Ein Amt für die Regulierung der öffentlichen Unternehmen wird eingerichtet;
- alle Informationen zwischen Unternehmen müssen offengelegt werden;
- Preis- und Lohnkommissionen regulieren die Kostenrelationen: «Ein Vorteil des Marktes liegt darin, wie er zur Initiative anreizt; aber ein Nachteil liegt in der Art, wie er Schranken für die Verbreitung von Informationen errichtet. Ein sozialisierter Markt erlaubt die Initiative, die ein wesentliches Kennzeichen einer Gesellschaft freier Menschen ist, aber er schafft auch neue Wege und Motive für individuelle Initiative, die dem Gemeinwohl dienen.» (91);

- Käufer- und Verkäufernetze dienen als Grundlage eines dezentralisierten sozialen Planungsprozesses. Die Sekretariate dieser Netze schaffen in Austausch mit einer nationalen Planungsgesellschaft eine abgestimmte Gesamtstrategie für die nationale Ökonomie;
- der Arbeitsmarkt wird vergesellschaftet, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden: «In Ländern, in denen der Marktsozialismus am weitesten entwickelt ist, wie Ungarn und Jugoslawien, wächst die Arbeitslosigkeit an, während das Arbeitsplatzangebot und die Umschulungsmöglichkeiten hoffnungslos darniederliegen. Aber die zentralisierte bürokratische Zuweisung von Ressourcen durch Ministerien erstickt das Produktivitätswachstum und die Innovation. Die von mir vorgeschlagenen Massnahmen haben, wie ich glaube, eine gewisse Chance, diese beiden unerwünschten Extreme zu vermeiden.» (97)

### Preiskommissionen zur Preiskontrolle

Zentrale Bedeutung erlangt bei Elson somit die Freiheit der Information: «Die von der Preis-Kommission gelieferte Information gäbe Haushalten die Möglichkeit zu erkennen, wie der Preis einer Ware gebildet wird; wieviel davon für jeden Produktionsschritt verwendet wird, der in den Preis eingeht, wie sich an jedem Punkt in der Produktionskette die Gewinnspannen und Kosten aufschlüsseln; wieviel Steuern oder Subventionen im Preis enthalten sind. Wenn ein Preis steigt, könnte den Haushalten erklärt werden, warum er steigt – welche Kosten gestiegen sind, welche Gewinnspannen erhöht wurden, um Anreize für die Ex-



pansion der Produktion zu bieten. Die Reaktion der Haushalte auf Preiserhöhungen ist ein kritischer Faktor sowohl in kapitalistischen als auch in real existierenden sozialistischen Ökonomien. In keinem dieser Systeme wurde den Haushalten genügend Informationen geliefert, um Preise einzuschätzen, um zu entscheiden, ob Preissteigerungen gerechtfertigt sind, oder um zwischen Veränderungen in relativen Preisen, die für die Neuanpassung der Ökonomie wichtig sind, und Erhöhungen im allgemeinen Preisniveau zu unterscheiden. Tatsächlich bedeutet das Festhalten an Niedrigpreisen, dass Anpassungen der relativen Preise nur im Zusammenhang einer allgemeinen Preiserhöhung möglich wurden. Kein Preissystem kann ein rationales System der Ressourcenverteilung hervorbringen, wenn die Preise nicht die gegenwärtigen Kosten und zukünftigen Investitionsbedürfnisse decken.» (100)

### Erzieherische Verbände

Dem Verbraucherverband weist Elson dann erzieherische(!) Funktionen zu, die Implikationen der Einkäufe breiter zu überschauen als nur die unmittelbar notwendigen Einkäufe so billig als möglich zu tätigen. Zudem sollen sie Dienstleistungen anbieten über die Verfügbarkeit von Waren, Einfluss nehmen auf Design und Spezifikation und mittels elektronischer Technologie die Bedürfnisbefriedigung garantieren. Ziel dieser Koordination wäre nicht, von vorneherein ein Gleichgewicht an Angebot und Nachfrage herzustellen, was laut Elson unmöglich ist, sondern durch eine effektive Koordination die Planung in die richtige Richtung zu lenken: «Es gäbe Konkurrenz in dieser Ökonomie, aber es wäre begrenzte Konkurrenz, und die Grenzen wären enger als in jeder kapitalistischen

Ökonomie. Natürlich gäbe es Schutzgesetze für Gesundheit, Sicherheit und Umwelt, wie auch für die Rechte der einzelnen Beschäftigten oder Verbraucher. Aber zusätzliche Grenzen lägen in dem unabhängigen Zugang der Haushalte zu den Lebensmitteln, und im Fehlen des Privateigentums an Informationen.» (102) So lautet denn auch der Schlüsselaussage dieses Ansatzes: «Der öffentliche Zugang zur Information ist der Schlüssel zur bewussten Kontrolle der Ökonomie.» (104)

### Der real existierende Weltmarkt

Der Zusammenbruch des Staats«sozialismus» Osteuropas ist auch der Zusammenbruch der Reproduktionsfähigkeit seiner Ökonomien. Jahrzehntlang wurde gewirtschaftet, als wenn der Weltmarkt nicht existieren würde, wie wenn seine Wertgesetze nicht auch im «sozialistischen Markt» bestimmend wären, wie wenn eine völlige Autarkisierung des «sozialistischen Lagers» möglich wäre. Gerade für Länder der Dritten Welt bedeutete das eine Chance, Entwicklungsmöglichkeiten ausserhalb der herrschenden Zwänge wahrnehmen zu können. Der Zusammenbruch dieser Alternative zum kapitalistischen Weltmarkt kann jedoch nicht den jetzigen demokratischen Bewegungen Osteuropas in die Schuhe geschoben werden, sondern ist das verspätete Resultat jahrzehntelangen Misswirtschaftens mit theoretischen Konzeptionen.

«Die objektive Ursache aller spezifischen Probleme und Widersprüche in den Ländern, die seit 1917 den Kapitalismus abgeschafft haben, liegt letztlich in ihrem Bedürfnis, die "ursprüngliche sozialistische Akkumulation" gleichzeitig mit dem Aufbau einer neuen Gesell-

schaft in Angriff zu nehmen. Diese Notwendigkeit entsteht aus einer zeitweiligen Isolierung der Revolution in einem rückständigen Teil der Welt. Jedoch wenn diese Gleichzeitigkeit von ursprünglicher sozialistischer Akkumulation und Aufbau des Sozialismus unvermeidbar ist, solange nicht der Kapitalismus in den industriell fortgeschrittenen Ländern gestürzt ist, so folgt daraus doch keineswegs, dass ein Sinken des Lebensstandards der Massen oder ein extrem langsames Wachstum des individuellen Konsums in der Phase des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus selbst in den relativ rückständigen Ländern unvermeidbar ist. In der Tat fügte die Konstellation dieser objektiven Faktoren in Zusammenhang mit dem beginnenden Aufbau des Sozialismus in der UdSSR und in Osteuropa, nach dem Muster stalinistischer Wirtschaftspolitik, dem Sozialismus im Weltmassstab grossen Schaden zu. Es brachte die Massen in den westlichen Ländern dazu, den Sozialismus mit einem Regime ödster Einfachheit und einem entmutigenden Lebensstandard zu identifizieren, in dem es darüber hinaus noch masslose Privilegien für die Herrschenden gab.» Inzwischen ist klar, dass dieses Modell auch für die unterentwickelten Gesellschaften keine Alternative darstellte: «Die ökonomische Politik der stalin'schen Bürokratie gründete sich auf zwei Annahmen: dass die maximalste Investitionsrate das schnellste ökonomische Wachstum sichert, und dass das schnellste ökonomische Wachstum es erfordert, das man der Entwicklung der Schwerindustrie eine absolute Priorität einräumt. Diese beiden Konzepte halten jedoch keiner kritischen Prüfung vom theoretischen Standpunkt aus stand, besonders weil sie die Rückwirkung auf die Leistung und Arbeitsproduktivität, die die verschiedenen gegebenen Ebenen des Konsums auf die



## Literatur:

- Brus, Wlodzimierz, Funktionsprobleme der sozialistischen Wirtschaft, Frankfurt a.M. 1971.
- ders. Sozialisierung und politisches System, Frankfurt a.M. 1975.
- ders. Die Reformer haben die Krise unterschätzt; Interview in: Sozialismus, 12-89.
- ders. /Kazimierz Lasko, Von Marx zum Markt, Marburg 1990.
- Drexler, Alexander (Hg.), Modernisierung der Planwirtschaft, Konzepte, Trends und Erfahrungen in Osteuropa, Göttingen 1985
- Elson, Diane, Markt-Sozialismus oder Sozialisierung des Marktes?; in: PROKLA Nr. 78, März 1990. (engl. in: New left review Nr. 172, Dez. 1988)
- Hoessli, Andreas, Planlose Planwirtschaft. Krisenzyklus und Reformmodelle in Polen, Hamburg 1989.
- Mandel, Ernest, Einführung in die marxistische Wirtschaftstheorie, Frankfurt 1967.
- ders. Theorie der Übergangsgesellschaft, Berlin 1972
- ders. Der Spätkapitalismus, Frankfurt a.M. 1972.
- ders. Offener Marxismus. Gespräch mit J. Agnoli, Frankfurt a.M. 1980.
- ders. Warenproduktion und Bürokratie bei Marx und Engels – Theoretische Grundlagen der marxistischen Erklärung der Sowjetunion; in: Mandel, Karl Marx. Die Aktualität seines Werkes, Frankfurt a.M. 1984.
- ders. Die Krise. Weltwirtschaft 1974–1986, Hamburg 1987.
- ders. Krach und Krise, Frankfurt a.M. 1988.
- ders. Markt und Sozialismus; in: INPREKORR Nr. 4/88.
- Nove, Alec, The economics of Feasible Socialism, London 1983
- ders. Markets and Socialism; in: New left review 161, 1987.
- Samary, Catherine, Le marché contre l'autogestion, Paris 1988.
- Sik, Ota, Der dritte Weg, Hamburg 1972.
- ders. Das kommunistische Machtssystem, Hamburg 1976.
- ders. Humane Wirtschaftsdemokratie. Ein dritter Weg, Hamburg 1979.
- ders. Ein Wirtschaftssystem der Zukunft, Berlin 1985.
- ders. Wirtschaftssysteme: Vergleiche, Theorien, Kritik, Berlin 1987.
- ders. Wachstum und Krisen, Berlin/Heidelberg 1988.

Produzenten ausüben, ausser acht lassen.» (Mandel 1972/21)

### Wie kann Politik über Wirtschaft bestimmen?

Auch heute stellt sich für unterentwickelte Gesellschaften die Frage, wie sie ihre eigene Produktion vor dem industriell fortgeschritteneren Weltmarkt schützen können. Das staatliche Aussenhandelsmonopol erscheint als eine mögliche, aber nicht hinreichende Voraussetzung zum Schutz der eigenen industriellen Infrastruktur. Dieser Schutz mit Hilfe des Aussenhandelsmonopols darf aber keineswegs mit dem Konzept der wirtschaftlichen Isolierung gleichgesetzt werden. Der Austausch ist lebensnotwendig, aber die Bedingungen, unter denen Güter ausgetauscht werden sollen, müssen einer politischen Kontrolle unterworfen werden.

Dass im Moment eine kapitalistische Weltwirtschaft in einer neuen Boomphase zum Zusammenbruch des Sozialismus die glaubwürdigere Alternative bietet,

braucht nicht zu erstaunen. Aber diese scheinbare Alternative wird gesellschaftliche Bedürfnisse nur dort befriedigen, wo sie sich auch in Kaufkraft ausdrücken kann. Dass damit eine Vielzahl jetziger Hoffnungen auch betrogen wird, werden wir in den nächsten Jahren vielleicht in sozialen Mobilisierungen sehen, wenn all die Menschen, die jetzt auf den Markt hoffen, auch seine unsozialen Seiten zu spüren bekommen.

«In der Tat, keine Gesellschaftsform kann verhindern, dass one way or another (auf die eine oder andere Weise) die disponible Arbeitszeit der Gesellschaft die Produktion regelt. Aber, solange sich diese Regelung nicht durch direkte bewusste Kontrolle der Gesellschaft über ihre Arbeitszeit – was nur möglich bei Gemeineigentum – vollzieht, sondern durch die Bewegung der Preise der Waren, bleibt es bei dem, was Du bereits in den "Deutsch-Französischen Jahrbüchern" ganz zutreffend gesagt hast.» Dies schreibt Marx am 1.8.1868 in einem Brief an Engels. Wie aber diese zukünftige Gesellschaft ihre Produktion plant, dafür fehlen uns heute Modelle und kon-

krete Erfahrungen, die den Weg erfolgreicher gesellschaftlicher Reproduktion aufzeigen könnten.

### Fragestellungen in der jetzigen Diskussion:

- Inwieweit erschwert/verhindert die arbeitsteilige Ausdifferenzierung der Gesellschaft die Möglichkeit einer geplanten gesellschaftlichen Entwicklung? Inwieweit ist die Entwicklung der Produktivkräfte Voraussetzung für eine planbare Entwicklung? Ist geplante Entwicklung überhaupt abhängig vom Entwicklungsstand der Produktivkräfte oder rein politisch definiert?
- Welche Bedingungen der Besitz-/Eigentumsverhältnisse ermöglichen eine möglichst demokratische Zielsetzung der wirtschaftlichen Entwicklung?
- Welche Bedingungen der Vergesellschaftung (Absterben des Staates, direkte ProduzentInnen-/KonsumentInnen-Demokratie) müssen erfüllt sein, damit Planung effizienter und demokratischer, produktiver und gerechter ist als das freie Spiel der Marktkräfte?
- In welchem Verhältnis stehen Produktionsmittelbesitz, Verfügungsgewalt, politische Demokratie, Bedürfnisbefriedigung? Inwieweit sind diese Verhältnisse in einem Modell darzustellen? Inwieweit sind sie abhängig von spezifischen Faktoren einer Gesellschaft?
- Wie werden die Bedürfnisse der Menschheit definiert, die entgegen allen Marktgesetzen befriedigt werden sollen? Wer bestimmt, wo Hunger und Armut tolerierbar ist und wo Überfluss gerechtfertigt ist?